

SPD-Bundestagsfraktion initiiert Kampagne

„SOS für den Nord-Ostsee-Kanal – Der Norden steht auf!“

Von Bettina Hagedorn

Der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) ist eines der wichtigsten Verkehrsinfrastrukturprojekte in Schleswig-Holstein und mit 40.000 Schiffsbewegungen pro Jahr die meist befahrene künstliche Wasserstraße der Welt. Aktuell aber droht ihr der Verkehrsinfarkt! Denn bei Verkehrsminister Ramsauer hatte das Projekt bis vor wenigen Tagen keine Priorität. Auch sein Kieler CDU-Minister-Kollege de Jager fiel in Berlin bis vor kurzem nicht durch beherzten Einsatz für unsere maritime „Hauptschlagader“ auf.

Der Haushaltsentwurf 2012 sieht für den NOK für Schleusen, Sanierungs- und Betriebskosten mit allen Querungsbauwerken gerade einmal 25 Mio. € vor. Das ist mehr als eine Halbierung der Mittel gegenüber 2011 (52 Mio. €) und weniger als der Kanal jedes Jahr an Gebühren selbst erwirtschaftet. Die Gebühren des Kanals subventionieren im Ramsauer-



Der Nord-Ostsee-Kanal ist sanierungsbedürftig. Allein die 100 Jahre alten Schleusentore in Brunsbüttel fielen im Jahr 2010 umgerechnet insgesamt 113 Tage aus. Foto: Sievers/Stadt Brunsbüttel

schen Verkehrsetat also sogar Wasserwege anderer Regionen. Das ist angesichts des Investitionsstaus am Kanal ein Skandal! Gleichzeitig hatte Ramsauer die 270 Mio. € für den Neubau der 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel, die seit 2008/2009 mit den beiden Konjunkturpaketen von SPD-Verkehrsminister Tiefensee im Bundeshaushalt festgeschrieben waren, ebenfalls für andere Wasserstraßen „verbraten“. Diese Vorgehensweise zu Lasten der maritimen Wirtschaft im Norden erklärte er mit seiner Parole „Erhalt vor Neubau“ zum Programm, das er noch durch die Ankündigung der beabsichtigten Erhöhung der Kanalgebühren „garnierte“.

Die Reaktion auf diese Provokation ließ nicht lange auf sich warten: Der Verbund der Industrie- und

Handelskammern Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen protestierte im Schulterchluss in Berlin und unterstützt seitdem gemeinsam mit DGB und Ver.di sowie zahlreichen Betriebsräten die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion „SOS für den Nord-Ostsee-Kanal – Der Norden steht auf!“. Das breite gesellschaftliche Bündnis wird außerdem getragen von großen Reedereien, Logistikunternehmen, dem Hamburger Hafen sowie den maritimen Berufsverbänden wie der Lotsenbrüderschaft und den nautischen Vereinen.

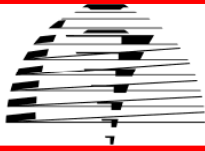
Um auf die Problematik der eklatanten Unterfinanzierung der Baumaßnahmen am Nord-Ostsee-Kanal aufmerksam zu machen und auf die Regierungen in Berlin und Kiel Druck auszuüben hat die SPD-Bundestagsfraktion unter

Federführung der beiden Haushälter Bettina Hagedorn und Johannes Kahrs sowie der NOK-ansässigen MdBs Hans-Peter Bartels und Sönke Rix eine dreiteilige Veranstaltungsreihe aufgelegt, an der auch SPD-Landtagsabgeordnete, SPD-Vorstandsmitglieder und Experten aus der maritimen Wirtschaft wie der Lotsenbrüderschaft beteiligt sind: Zu der ersten Veranstaltung am 23. September in Brunsbüttel kamen 230 Menschen. Ähnlich großen Zulauf hatte die Veranstaltung am 28. Oktober in Kiel. Einen ersten Erfolg konnte das Bündnis bereits verbuchen, denn urplötzlich kommt Bewegung in die schwarz-gelben Koalitionen in Kiel und Berlin. Die Berliner Fraktionsspitzen von Schwarz-Gelb haben flugs verkündet, für die „Bereinigungssitzung“ des

- Fortsetzung auf Seite 2 -

Weitere Themen dieser Ausgabe

- Bundeswehrstandorte: schwerer Schlag Seite 3
- Minderheitenförderung Seite 5
- Abfall: Klientelpolitik von Schwarz-gelb Seite 6
- Mehr Förderung für Städtebau Seite 7
- Studierendenboom in Schleswig-Holstein Seite 9



NOK-Bündnis kämpft für bessere Finanzausstattung des Kanals

- Fortsetzung von Seite 1 -

Haushaltsausschusses am 10. November ca. 1,2 Mrd. Euro zusätzlich im Verkehrshaushalt bereitzustellen und damit „ein klares Signal für den NOK“ setzen zu wollen. Offenbar soll zumindest im Jahr der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Interesse des Nordens geradegerückt werden, was der bayerische Verkehrsminister Ramsauer zuvor an Prioritäten im Haushalt 2012 falsch gesetzt hatte.

Bei aller Freude über die späte Einsicht von Schwarz-Gelb in Sachen NOK ist es aber zu früh, um endgültig „Entwarnung“ zu geben, denn bis zum 10. November gibt es in Berlin um die angekündigte Milliarde bundesweit ein „Hauen und Stechen“. Ramsauer hat in der Woche vor der Beratung des Verkehrsetats im Haushaltsausschuss am 25. Ok-



Auf dem Podium bei der ersten Veranstaltung zur Zukunft des Nord-Ostseekanals in Brunsbüttel: Bernd Bertram (Geschäftsführer Unifeeder Deutschland), Johannes Kahrs (MdB), Jörn Thiesse (Moderator), Bettina Hagedorn (MdB) und Michael Hartmann (Ältermann der Lotsenbrüderschaft NOK I)
Foto: Jochen Scheer

tober verkündet, den Nord-Ostsee-Kanal jetzt zur Chefsache machen zu wollen. Das ist auch bitter nötig, wengleich nach seinem bisherigen Kahlschlag im Norden wenig glaubhaft: in seinem Etatentwurf 2012 hat er nicht nur die Mittel für den Neubau der 5. Schleusenammer um 80 Prozent (!) auf die lächerliche Summe von 1,9 Mio. € „eingedampft“ (2011: 10 Mio. €), sondern im selben Umfang bei den Sicherungsmaßnahmen gekürzt: statt 5 Mio. € 2011 soll der NOK

auch hier 2012 mit nur noch 1 Mio. € auskommen! Im Haushaltsausschuss hat die SPD auf Initiative von mir am 25. Oktober die Finanzierung des Komplettausbaus in Höhe von 1,2 Mrd. € bis 2017 (2012: 100 Mio. €) beantragt. Es beinhaltet den Neubau der 5. Schleusenammer, die Sanierung von Schleusen und Querungswerken und den Ausbau des NOK (Vertiefung und Begradigung im Ostteil). Zugrunde liegt das „Tiefensee-Konzept“, das Fachleute

des Bundesverkehrsministeriums im Jahr 2007 erstellt haben. Schwarz-Gelb lehnte den Antrag ebenso wie die Linke ab, die Grünen enthielten sich. So werden politische Zusagen zum Kanal sicher nicht glaubwürdig.

Die 5. Schleusenammer ist planfestgestellt. Der Neubau könnte – bei solide finanzierten Haushaltsmitteln für die kommenden Jahre – im Jahr 2012 endlich beginnen: Es wird höchste Zeit!

- Termin -

**03.11.2011, 19 Uhr,
Rendsburg:**

„SOS für den Nord-Ostsee-Kanal – Der Norden steht auf!“ heißt es auch bei der dritten Veranstaltung der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein zur Zukunft der wichtigen Wasserstraße, zu der **Sönke Rix** und **Bettina Hagedorn** in das Tagungszentrum Martinshaus am Kanalufer 48 einladen. Auf dem Podium diskutieren: **Michael Hartmann**, Ältermann der Lotsenbrüderschaft, **Frank Schnabel**, Leiter des Arbeitskreises Maritime Wirtschaft der IHK Schleswig-Holstein sowie der Bürgermeister von Rendsburg **Andreas Breitenner**.



Volles Haus im Legienhof: Hans-Peter Bartels begrüßt die zahlreichen Gäste am vergangenen Freitag bei der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung „SOS für den Nord-Ostsee-Kanal“ in Kiel

Schwerer Schlag für Schleswig-Holstein

Im Wettbewerb um Bundeswehrstandorte zog die Regierung Carstensen den Kürzeren

„Der Sack ist zu!“ Mit diesem Satz wies Verteidigungsminister de Maizière (CDU) gegenüber der Presse alle Nachbesserungswünsche zu seiner Stationierungsplanung zurück. Für Schleswig-Holstein sind die Standortentscheidungen ein schwerer Schlag: Mehr als 40 Prozent aller militärischen und zivilen Dienstposten im Lande sollen gestrichen oder in andere Bundesländer abgezogen werden.

Von 26.000 Bundeswehrangehörigen bleiben danach nur noch 15.300 in Schleswig-Holstein. Zum Vergleich: Niedersachsen verliert nur 20 Prozent (von 51.000 auf 41.000). So korrekt die Strukturreform nach dem Aussetzen der Wehrpflicht im Kern sein mag, so unausgewogen stellt sich die Verteilung auf die Länder dar. Durchschnittlich fallen bundesweit knapp 30 Prozent aller Stellen weg. Im Wettbewerb der Standorte gibt es Gewinner und Verlierer. Und Schleswig-Holstein ist proportional der größte Verlierer.

Das schmerzt besonders, weil dieses Land über Jahrzehnte auch alle Lasten zu tragen hatte, die mit der exponierten Lage im Kalten Krieg verbunden waren. Alternative Strukturentwicklungen standen dahinter zurück. Deshalb gab es hier die höchste Bundeswehrdichte aller Bundesländer – und jetzt verkehrt sich eben diese Sonderrolle durch de Maizières Entscheidungen in einen gravierenden Nachteil. Dabei sind die existenziellen Zwänge der sicherheitspolitischen Lage, die früher Stationierungen prägten, heute viel schwächer, die politische Freiheit der Verteilung ist entsprechend größer.

Objektiv musste Schleswig-Holstein nicht so stark gebeutelnt werden: Von Heer (Lütjenburg), Sanitätsdienst

(Seeth, Kiel) und Streitkräftebasis (Boostedt, Kiel) bleibt nicht mehr viel im Lande. Luftwaffe (Hohn/Alt-Duvenstedt, Stadum) und Marine (Glücksburg, Kiel) schrumpfen. Rüstungsbe- reich (Marinearsenal) und Wehrverwaltung (Flensburg, Itzehoe, Schleswig, Kiel) verlieren kräftig. An neuen Einrichtungen kommt wenig ins Land: Alle neuen Kommandobehörden der verschlankten Führungsstruktur gehen anderswo hin.

Als Erfolg kann sich die Landesregierung von Peter Harry Carstensen gerade mal den Erhalt des für den Katastrophenschutz bedeutsamen Spezialpionierbataillons in Nordfriesland anrechnen. Sonst ist in beinahe jeder wichtigen Frage des Standortwettbewerbs gegen Schleswig-Holstein entschieden worden.

Die Fachhochschule Lübeck hat zusammen mit den Fachhochschulen Kiel, Flensburg, Westküste und der Universität Flensburg mit einem Antrag zur Förderung von Offenen Hochschulen beim Bundesministerium für Bildung und Forschung wieder bei einem Ausschreibungswettbewerb den Zuschlag bekommen. Ihr Projekt „Offene Hochschulen in Schleswig-Holstein: Lernen im Netz Aufstieg vor Ort (LINA VO)“

Worauf es jetzt für uns ankommt, sind drei Punkte:

1. Die betroffenen Soldaten, Zivilbeschäftigten und ihre Familien brauchen Planungssicherheit und soziale Sicherheit. Die Angehörigen der Bundeswehr dürfen nach all den Reformen der Vergangenheit nicht als Verschiebemasse behandelt werden. Sozialdemokraten werden die Umsetzung der Regierungsent- scheidung kritisch begleiten.

2. Nicht jede Planung ist ausgereift und spart Geld. Manches geht nur mit vernünftigen Übergangsfristen. Wie lange in Hohn noch die Transall fliegt, was vom Flottenkommando besser doch in Glücksburg und vom Marinearsenal doch in Kiel bleiben sollte, was von anderswo her praktischerweise eher nach Schleswig-Holstein gehört, das ist aller Rhetorik zum Trotz („Der Sack ist zu!“) weiter als Diskussionsgegenstand zu betrachten. Engagement kann sich lohnen.

3. Für die betroffenen Kommunen müssen Bund und



Hans-Peter Bartels ist stellv. Sprecher der AG Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Land vorhandene Förderinstrumente passfähig machen. Auf neue milliarden- schwere Programme zu warten (die es in rot-grünen Zeiten auch nicht gab), lohnt nicht. Die jetzigen Möglichkeiten gilt es zu nutzen. Und der Bund sollte bei der Verwertung der freigezogenen Liegenschaften schnell und großzügig handeln. Schon das würde helfen. Eine neue Landesregierung schließlich könnte für die Wirtschaftsentwicklung in den Regionen ganz neue Impulse setzen. Vom Timing her käme sie gerade rechtzeitig. **Hans-Peter Bartels**

Fünf Millionen Euro für Fachhochschulen

ist beim Bundeswettbewerb „Aufstieg durch Bildung – Offene Hochschulen“ ausgezeichnet worden.

Der Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein im Bundestag, Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, der auch forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion ist, freut sich sehr über diese Auszeichnung für Schleswig-Holstein. „So können vor allem beruflich qualifizierte Beschäftigte sich aka-

demisch weiterbilden und neue Aufstiegschancen bekommen. Dies erhöht die Wettbewerbsfähigkeit unserer Region.“

Die fünf (Fach-)Hochschulen werden mit einer Fördersumme von ca. fünf Millionen Euro die Entwicklung acht neuer internetgestützter Studiengänge vorantreiben, die auf dem E-Learning-Konzept der FH Lübeck für berufsbegleitendes und lebenslanges Lernen basieren.



Schleswig-Holstein im Jahr 2020

Mitte Oktober wurde in der Hermann Ehlers Akademie in Kiel das Buch „Schleswig-Holstein 2020 - Gedankenentwürfe zur Zukunft eines Bundeslandes“ vorgestellt. Mit dem von Utz Schliesky, Niclas Herbst und Guido Wendt herausgegebenen Buch sollen Denkanstöße zur notwendigen Zukunftsdebatte in Schleswig-Holstein gegeben werden. 38 Autoren aus verschiedensten Bereichen sind daran beteiligt.

Auch Franz Thönnnes hat daran mit seinem Beitrag „Schleswig-Holstein 2020: Die Ostseeregion als Motor für Schleswig-Holstein“ mitgewirkt. In diesem skizziert er, welche aktive Rolle das nördlichste Bundesland spielen kann und sollte, um die Ostseeregion zu einer Modellregion im Bereich der grenzüberschreitenden Kooperation zu entwickeln. Darüber hinaus verdeutlicht er, welche Potentiale diese Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, maritime Wirtschaft, Gesundheitswirtschaft und Wissensgesellschaft birgt.

Sein Beitrag ist nachzulesen auf der Homepage www.thoennes.de unter „Arbeitsschwerpunkte/ Ostseepolitik“.



Klausurtagung im Zeichen des Wahlkampfes Zusammenarbeit von Bundes- und Landesebene im Fokus



Besichtigung des Wissenschaftszentrums Kiel: Lars Juister (Aufsichtsratsvorsitzender), Werner Kässens (Geschäftsführer), Hans-Peter Bartels, Birgit Friedl (Vizepräsidentin Christian-Albrechts-Universität zu Kiel), Inge Schröder (wissenschaftliche Geschäftsführerin), Sönke Rix, Torsten Albig, Ernst Dieter Rossmann, Bettina Hagedorn, Franz Thönnnes und Gabriele Hiller-Ohm

Für eine Klausurtagung, die unter dem Motto „Vorbereitung der Landtagswahl“ steht, kann es nur einen Veranstaltungsort geben: natürlich Kiel. Und so kamen die schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten Anfang September in der Landeshauptstadt zusammen, um Gespräche zu führen und ausführlich zu beraten.

Am Vormittag besuchte die Landesgruppe gemeinsam mit Spitzenkandidaten der SPD Torsten Albig das Wissenschaftszentrum Kiel. Eine Institution, in der sich kleine, innovative technologie- und wissensbasierte Unternehmen ansiedeln und die eng mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Kiel zusammenarbeitet. Neben den Geschäftsführern des Wissenschaftszentrums Werner Kässens und Inge Schröder nahm auch die Vizepräsidentin der Christian-Albrechts-Universität an dem Gespräch teil, bei dem u.a. die Perspektive Kiels als Standort großer For-

schungsinstitute sowie die Zusammenarbeit mit anderen Unis erörtert wurde.

Am Nachmittag kam die Landesgruppe zu einem ebenso intensiven wie konstruktiven Gespräch mit dem geschäftsführenden Vorstand der SPD-Landtagsfraktion zusammen. Neben den Möglichkeiten der inhaltlichen Positionierung und der strategischen Ausrichtung im Wahlkampf berieten die Bundes- und Landtagsabgeordneten

auch über eine verstärkte Zusammenarbeit im Wahlkampf. Veranstaltungen der MdBs in den Monaten bis zur Landtagswahl im Mai 2012 sollen sich inhaltlich an den gemeinsamen Hauptthemen von Bundes- und Landesebene orientieren und die Landtagskandidaten mit einbeziehen. Was immer gilt, gilt in den kommenden Monaten ganz besonders: Wir ziehen an einem Strang. Bund und Land - Hand in Hand. (nb)



Klausurtagungsauftritt im Rathaus: Franz Thönnnes, Torsten Albig, Hans-Peter Bartels und Ernst Dieter Rossmann warten auf die anderen Mitglieder der Landesgruppe

Kommentar

Bundesrat stoppt Kahlschlaggesetz

Mit ihrer Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente hat die Bundesregierung eines deutlich gemacht: Die Klientelpolitik und die Haushaltsinteressen von Schwarz-Gelb wiegen deutlich höher als das Schicksal von langzeitarbeitslosen Menschen. Wieder einmal zeigt sich: Wer keine starke Lobby hat, bei dem wird gekürzt.

Für uns Sozialdemokratinen und Sozialdemokraten steht fest: Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Unser Ziel ist es, so vielen Menschen wie möglich eine Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt zu geben. Der konjunkturelle Aufschwung hat zwar dazu geführt, dass sich die Situation am Arbeitsmarkt sehr entspannt hat. Er ist aber an Langzeitarbeitslosen zu meist vorbeigegangen. Gerade sie brauchen gute Förderung, um Vermittlungshemmnisse abzubauen. Durch die radikale Kürzung bei den Förderinstrumenten zementiert Schwarz-Gelb

die Spaltung am Arbeitsmarkt deutlich. Durch Umwandlung von Pflichtleistungen in sogenannte Ermessensleistungen verlieren die arbeitslosen Menschen ihren Rechtsanspruch auf Fördermaßnahmen. Die Bundesregierung macht sie zu Bittstellern, die von der Haushaltslage und dem Wohlwollen der zuständigen Jobcenter abhängig werden. Ob sie überhaupt etwas bekommen, bleibt fraglich.

Von 2011 bis 2015 werden insgesamt 26,5 Milliarden Euro auf Kosten der Arbeitslosen gekürzt. Für Schles-

wig-Holstein ergibt sich daraus ein Betrag von mehr als 1,1 Milliarden Euro. Das entspricht rund 400 Euro pro Einwohner! Hinzu kommen Kürzungen des Bundes für die Bundesanstalt für Arbeit. Sie betragen für die Jahre 2012 bis 2015 rund 12 Milliarden Euro bundesweit.

Fazit: Die Bundesregierung löst die zentralen Anforderungen für die Zukunft nicht. Es ist wichtig, dass wir uns vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auf einen veränderten und erhöhten Fachkräftebedarf einstellen müssen. Wir können es uns nicht leisten, Menschen unqualifiziert und ungefordert in der Arbeitslosigkeit zu belassen. Vielmehr brauchen wir eine Qualifizierungs- und Weiterbildungsinitiative.



Arbeitsmarktexpertin Gabriele Hiller-Ohm, MdB

Der Bundesrat hat die Problematik zum Glück erkannt. Auch zwei Länder, in denen die CDU mitregiert, haben die schwarz-gelbe Arbeitsmarktreform durchfallen lassen. Jetzt geht es darum, im Vermittlungsausschuss noch die schlimmsten handwerklichen und inhaltlichen Fehler zu korrigieren.

Gabriele Hiller-Ohm

Minderheitenförderung: Regierung verweigert Aufstockung

Die Koalitionsfraktionen CDU, CSU und FDP halten unbeirrt an ihrem „Nein“ zur nochmaligen Förderung der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein bei der Unterstützung des dänischen Schulvereins mit 3,5 Millionen Euro fest. Ebenso verweigern sie bei der deutschen Minderheit in Dänemark einen Ausgleich der jährlichen normalen Mehrbelastungen durch Tarifsteigerungen. Durch dieses sogenannte Überrollen muss der Bund der Nordschleswiger praktisch eine erneute Kürzung der ihm normal zugewiesenen Fördermittel wiederum alleine schultern.

Das ist das Fazit der Antworten der Bundesregierung auf eine Vielzahl von Fragen, die die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein im Deutschen Bundestag gestellt hat.

Sönke Rix und Franz Thönes hatten diese als Mitglied und stellvertretendes Mitglied in den Gremien für Minderheitenfragen des Deutschen Bundestages und des Landtages Schleswig-Holstein vorbereitet.

Auffällig war bei der Beantwortung der Fragen, dass die Bundesregierung die Minderheitenförderung in der Grenzregion als ein außenpolitisches Thema betrachtet. Wie sonst sollte die Beantwortung durch die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Dr. Cornelia Pieper zu verstehen sein, obwohl gleichzeitig auf der Regierungsbank der zuständige Parlamentarische Staatssekretär aus dem Innenministerium und Min-

derheitenbeauftragte Christoph Bergner schweigend neben ihr saß.

Die Sichtweise der Bundesregierung macht klar, wie weit man vom Geschehen in der Grenzregion Schleswig-Holsteins weg ist. Zwar hat man dem dänischen Schulverein nach der willkürlichen Kürzung um 4,7 Millionen Euro durch die Kieler CDU/FDP-Regierung für 2011 mit 3,5 Millionen Euro aus Bundesmitteln geholfen, doch lässt man die dänische Minderheit für 2012 mit einem Verweis auf das Kooperationsverbot des Bundes in Bildungsfragen im Regen stehen.

Den auf Initiative von Bettina Hagedorn in den Haushaltsausschuss eingebrachten Antrag der SPD-Bundestagsfraktion, der

eine Mittelaufstockung auf 3,75 Millionen Euro für die Förderung der beiden Minderheiten beinhaltet, hat die schwarz-gelbe Mehrheit im Ausschuss dementsprechend abgelehnt.

Impressum

Herausgeber

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein

Redaktion & Layout

Nadine Brockmann

Landesgruppenbüro:

PLH, 7.144, 11011 Berlin

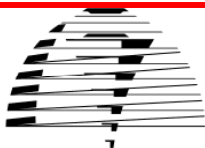
Tel.: 030/227-75318

Fax: 030/227-76817

Mail: sh-ig.spd@bundestag.de

Schlusskorrektur

Kai Mühlstädt, Büro Dr. Hans-Peter Bartels, MdB



Klientelpolitik: Schwarz-gelbes Abfallgesetz ist Müll

Der Bundestag hat Ende Oktober mit schwarz-gelber Mehrheit die Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes beschlossen. Einmal mehr zeigt die Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP, dass ihnen die Interessen einiger weniger Privatunternehmen deutlich wichtiger sind, als die Interessen der Bürgerinnen und Bürger oder der Kommunen. Der Umwelt- und Ressourcenschutz wird zudem weitgehend verfehlt.

Kommunen und Länder – auch das (noch) schwarz-gelb regierte Schleswig-Holstein – laufen parteiübergreifend ebenso Sturm gegen das neue Abfallgesetz wie Gewerkschaften und Umweltverbände. Wir als SPD-Bundestagsfraktion und ganz besonders als norddeutsche SPD-Abgeordnete werden hier in Kooperation mit den Ländern auf Änderungen im Bundesrat drängen. – Aus gutem Grund: Die Gesetzesnovelle ermöglicht, dass die Hausmüllentsorgung weiter privatisiert wird. Profiteure sind dabei private Entsor-

gungsunternehmen. Insbesondere vor dem Hintergrund der geplanten Einführung einer zusätzlichen Wertstofftonne, in die nicht nur Verpackungsmüll, sondern auch Elektroschrott geworfen werden soll. So können mehr Rohstoffe recycelt werden, das Abfallvolumen erhöht sich um ca. sieben Kilo Wertstoff pro Einwohner und Jahr. Da Rohstoffe immer teurer und seltener werden, ist das ein enormes Geschäft. Die Kommunen könnten dieses Geld gut gebrauchen, aber die privaten Entsorger sind gerade an diesen Wertstof-

fen interessiert. Auf dem wertlosen Abfall werden indes die Kommunen sitzen bleiben – genauso wie auf den Kosten.

Für die SPD gehört die Abfallentsorgung zur Daseinsvorsorge. Es ist eine Mär, dass private Unternehmen den Abfall besser und billiger entsorgen können.

Ein Privatunternehmen wird sich nur auf die Abfallentsorgung einlassen, die Gewinne erbringt. Diese Einnahmen brechen dann für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger weg. Darüber hinaus ist gerade in ländlichen Regionen der Entsorgungsaufwand für private Unternehmen zu hoch. Auch hier müsste der öffentlich-rechtliche Entsorger einspringen. Die fehlenden Einnahmen aus der Wiederverwertung würden dann durch höhere Gebüh-

ren gegenfinanziert. Unterm Strich zahlen die Bürgerinnen und Bürger die Zeche. Wieder einmal werden so Gewinne privatisiert und Kosten sozialisiert.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung versteckt sich bei der Gesetzesnovelle auch hinter der europäischen Ebene. Denn die Behauptung, dass die vorgeschlagenen Änderungen aus europarechtlichen Gründen zwingend erforderlich seien, ist falsch. Zu diesem Schluss ist u.a. das Bundesverwaltungsgericht am 4. Juli 2011 gekommen. Andere EU-Staaten, wie zum Beispiel Österreich oder die Niederlande bleiben bei ihrer bewährten Praxis. Die EU-Kommission hat den deutschen Gesetzesentwurf zudem sogar kritisiert.

Gabriele Hiller-Ohm

Offener Dialog über den Dächern von Berlin



Ernst Dieter Rossmann im Gespräch mit Ute Plambeck, Konzernbevollmächtigte der DB AG für Schleswig-Holstein

Die Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung wird mit großer Wahrscheinlichkeit nicht wie im Staatsvertrag festgehalten fristgerecht im Jahr 2018 fertig. Das erfuhren die Landesgruppe beim Gespräch mit dem Vorstand der Deutschen Bahn. Das Raumordnungs-

und das Planfeststellungsverfahren werden nicht so rechtzeitig abgeschlossen sein, dass der Bau im Jahr 2015 begonnen werden kann. Derzeit wird die raumverträglichste Route für die Trasse gesucht. Die DB AG ist zudem am Dialogforum beteiligt. Sie will die Betrof-



Bahnchef Rüdiger Grube begrüßt Gabriele Hiller-Ohm beim Gespräch der norddeutschen SPD-Landesgruppen im Bahntower

fenen hierbei frühzeitig und transparent informieren. Sowohl die Verkehrsexperten der SPD-Bundestagsfraktion als auch der Bahnkonzern arbeiten derzeit an einem gesamtdeutschen Masterplan für den Schienenverkehr, bei dem das Straßen- und Wasserstra-

ßennetz mit einbezogen wird. Hintergrund dieser Parallele war die beidseitige Erkenntnis, dass man vom bisherigen „Klein-Klein“ der Einzelentscheidungen wegkommen und das Schienennetz auch auf die anderen Verkehrsträger abstimmen müsse. (nb)

SPD fordert mehr Förderung für Städtebau



Die Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn und die drei Bürgermeister Kristin Alheit, Brigitte Fronzek und Torsten Albig trafen sich am Rande der Städtebaukonferenz für ein Pressegespräch mit den Berliner Korrespondenten der Landesmedien

Zum 40-jährigen Jubiläum des von Willy Brandt eingeführten Investitionsprogramms Städtebauförderung veranstaltete die SPD-Bundestagsfraktion eine Konferenz, an der Kiels Oberbürgermeister Torsten Albig als Referent und die Bürgermeisterinnen Kristin Alheit (Pinneberg) und Brigitte Fronzek (Elmshorn) als Teilnehmerinnen mitwirkten. Die stellv. Sprecherin der Arbeitsgruppen Haushalt und Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion Bettina Hagedorn erklärte dazu: „Kein anderes öffentliches Förderprogramm schafft ähnlich erfolgreich wie dieses nachhaltig Arbeitsplätze in der Region. Es ist unverzichtbar! Die Förderstruktur und die Kriterien der vergangenen Jahrzehnte für die ‚Soziale Stadt‘ und den ‚Stadtumbau West und Ost‘ garantieren nicht nur den

Erhalt von Bausubstanz und Wohnumfeld, sondern sind hervorragende Beispiele von Integration. Wenn es Schwarz-Gelb mit Integration wirklich ernst meint, dann müssen sie den Menschen in Problemstadtteilen vor Ort auch mit ausreichend Mitteln gegen die Ghettoisierung in den Kommunen helfen.“

Seit der Regierungsübernahme von Schwarz-Gelb im Bund fällt das bewährte Programm nach und nach dem Rotstift zum Opfer. Waren im letzten Bundeshaushalt der Großen Koalition unter Peer Steinbrück noch 686 Mio. Euro Fördermittel für die Kommunen vorgesehen, so wurde das Budget 2010 auf 600 Mio. Euro und 2011 auf nur noch 455 Mio. Euro zusammengestrichen. Für 2012 plant Schwarz-Gelb einen erneuten Kahlschlag: nur

noch 410 Mio. Euro sollen für die Kommunen zur Verfügung stehen. Die SPD fordert, das Programm „Soziale Stadt“ wieder auf das Niveau von 2009 - von derzeit 28,5 auf 105 Mio. Euro (Regierungsentwurf 40 Mio. Euro) - aufzustocken und auch Modellvorhaben im nicht-investiven Bereich wieder zuzulassen. Die bisherigen Kürzungen waren ein schwerer Schlag für das seit 1999 bestehende Bund-Länder-Programm.

Hagedorn: „Stadtteilentwicklung zahlt sich aus – beim sozialen Zusammenhalt und auch finanziell. Ein Euro Städtebauförderung des Bundes stößt bis zu acht Euro, größtenteils private, Investitionen an. Kluge Stadtentwicklungspolitik braucht verlässliche Förderung durch den Bund. Ein finanzielles Ausbluten wäre ein fatales Signal.“

HH trifft SH

Einen Wahlsieger konnte die Landesgruppe bei ihrer letzten Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause in ihrer Runde begrüßen. Zu Gast war Staatsrat Wolfgang Schmidt, seit dem Erfolg der Hamburger SPD bei der Bürgerschaftswahl der Bevollmächtigte beim Bund, bei der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten der Hansestadt.

Er stellte klar: Die Zusammenarbeit zwischen der Hamburger und der Kieler Landesregierung ist weit besser als sie von der CDU Schleswig-Holstein bisweilen öffentlich dargestellt wird. Beide Seiten sind durch gemeinsame Interessen, Einrichtungen und Projekte miteinander verbunden. Auch im Bundesrat hat es bereits gemeinsame Initiativen gegeben.

In der Verkehrspolitik steht in Hamburg derzeit die Fahrrinnenanpassung der Elbe ganz oben auf der Agenda. Ein Projekt, von dem der gesamte norddeutsche Raum profitieren wird.

Für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein sagte Wolfgang Schmidt Unterstützung zu. Die Hamburger Senatorinnen und Senatoren werden gern für Veranstaltungen im Nachbarland zur Verfügung stehen. (nb)



Staatsrat Wolfgang Schmidt



Neuwahlen in der Fraktion

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bei ihren turnusmäßigen Neuwahlen die beiden SH-MdBs **Bettina Hagedorn** und **Ernst Dieter Rossmann** wieder in den erweiterten Fraktionsvorstand gewählt. Sie werden dem 39-köpfigen Gremium demnach auch in den kommenden zwei Jahren angehören und schleswig-holsteinische Interessen dort einbringen können.

Darüber hinaus ist Ernst Dieter Rossmann in seinem Amt als bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion bestätigt worden, das er seit dem Jahr 2009 inne hat.

Kein Herz für Flüchtlingskinder

Rund 40.000 Flüchtlingskinder haben auch weiterhin keinen Rechtsanspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket. CDU/CSU und FDP lehnten den SPD-Antrag ab, den Gabriele Hiller-Ohm für die Fraktion ins Parlament eingebracht hatte. Flüchtlingskinder fallen unter das Asylbewerberleistungsgesetz und müssen zum Teil mit nur der Hälfte der Sozialhilfesätze für deutsche Kinder auskommen.

Sie sind nun auch im Bildungsbereich krass benachteiligt, denn sie haben weder Anspruch auf ein warmes Mittagessen in Schule oder Kita noch auf 100 Euro jährlich für Schulbedarf oder finanzielle Unterstützung für den Sportverein. Dies ist eine nicht hinnehmbare Diskriminierung und ein beschämender Verstoß gegen unser Grundgesetz und gegen die Kinderrechtskonvention.

Jubiläum: 40 Jahre BAföG für Studierende

40 Jahre ist es jetzt her, dass Willy Brandt und Walter Scheel ein sozialliberales Reformwerk erster Güte geschaffen haben: Das BAföG für Studenten und Schüler. Mit klaren Rechtsansprüchen, mit eindeutiger sozialer Ausrichtung, mit einem starken Bildungsauftrag. Das BAföG ist das soziale Bildungsstipendium in Deutschland, nicht kleinzukriegeln, massenwirksam und dynamisch angepasst. Und es ist ein Gemeinschaftswerk von Bund und Ländern, auch in der gemeinsamen Finanzierung zu zwei Dritteln und einem Drittel.

In Schleswig-Holstein profitieren junge Menschen aufgrund der unterdurchschnittlichen Einkommenssituation in unserem Bundesland überdurchschnittlich vom BAföG. Konkret die Zahlen: 2010 gab es 585.000 BAföG-Geförderte in ganz Deutschland, in Schleswig-Holstein allein 27.000. Davon waren 2,6 Prozent Schülerinnen und Schüler, die nicht bei den Eltern wohnten, an der Sekundarstufe II und an anderen aufbauenden Schulen. Das sind 50 Prozent mehr als im Bundesdurchschnitt.

Dass Schleswig-Holstein ein BAföG-Land ist, zeigt sich erst recht bei den Studierenden: 386.000 im Bundesgebiet und 16.000 in Schleswig-Holstein. Für unser Land sind das 33,1 Prozent aller Studierenden, im Bundesgebiet liegt dieser

Prozentsatz nur bei 18,2. Dafür muss sich das Land auch finanziell ordentlich engagieren, weil es ein Drittel davon finanzieren muss. Aber zugleich finanziert das Land damit auch Chancen für die nicht so gut Betuchten und ermuntert somit junge Leute aus finanzschwachen Familien, sich für ein Studium zu entscheiden. Genau dafür ist das BAföG gedacht und deshalb lohnt sich diese soziale Bildungsinvestition.

Was sind nun mögliche Perspektiven für das BAföG?

- ▶ Ausbau des Förderkreises durch Anhebung der Einkommensfreibeträge und Fördersätze
- ▶ Wiederbelebung des Schüler-BAföG als Brücke zum Hochschulzugang
- ▶ Anpassung an das Studieren von Bachelor und

Master durch Öffnung der Altersgrenzen und Unterstützung bei Teilzeitstudiengängen

▶ Anerkennung von Pflegezeiten und Verbesserung bei den Kindererziehungszeiten

▶ Auszahlung des Kindergeldes an die volljährigen Schüler und Studierenden zusammen mit dem BAföG als echtes Bildungsgeld.

So könnte das BAföG jedenfalls jung bleiben durch Veränderung, auch wenn es jetzt auf die 50 zugeht.

Ernst Dieter Rossmann



Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der AG Bildung und Forschung

Fatale Extremismusklausel

Vor einem Jahr verkündete Bundesfamilienministerin Kristina Schröder ein für ihr Ministerium offenkundig zentrales Vorhaben im Bereich der Extremismusprävention. Sie verlangt seitdem von Initiativen gegen Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus ein Bekenntnis zu unserer Verfassung. Sie sollen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und dafür Sorge tragen, dass dies

auch für ihre Kooperationspartner gilt. Sie sollen also auch für die Gesinnung Dritter haften. Wer diese Erklärung nicht unterschreibt, erhält keine Förderung. Wer gegen sie verstößt, muss mit der Rückforderung von Fördergeldern rechnen. Dieses Vorgehen ist demokratiepolitisch fatal, es ist kontraproduktiv und widerspricht dem Geist unserer Verfassung. Aufgrund der Einführung der Extremismusklausel verzichten zahl-

reiche Initiativen auf eine Förderung. Viele reduzieren ihr Engagement, weil sie das ihnen staatlicherseits entgegengebrachte Vertrauen nicht akzeptieren wollen. Durch die fatale Bewilligungspraxis der Bundesregierung steht zu befürchten, dass die über viele Jahre gewachsene Landschaft an Initiativen und Projekten für die Stärkung demokratischer Kultur spürbar und nachhaltig ausgedünnt wird. **Sönke Rix**

Studierendenboom in Schleswig-Holstein

Der „Hochschulpakt plus“ muss her

Der Hochschulboom ist auch in Schleswig-Holstein angekommen. Zum Beispiel an der Uni in Kiel, der größten Hochschule des Landes. Aller Voraussicht nach wird dort die Marke von 24.000 Studierenden überschritten. 4.860 Studierende haben sich in der Kieler Uni neu eingeschrieben, darunter 3.800 Erstsemester.

Ernst Dieter Rossmann, Bildungspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion: „Mit der Zahl der Einschreibungen werden die Vorgaben des Hochschulpaktes erreicht, den Bundesregierung und Länder bereits in der Großen Koalition und jetzt noch einmal für die Jahre 2011 bis 2015 vereinbart haben. Die Förderung von Studienanfängerplätzen wirkt und wir sind als SPD stolz darauf, hier mit ordentlichem Druck nachgeholfen zu haben.“

Immerhin ist der Förderbetrag pro Platz jetzt von 22.000 auf 26.000 Euro in vier Jahren erhöht worden. 335.000 neue Studienanfängerplätze sind dabei für ganz Deutschland schon

fest eingeplant. Rossmann: „Der SPD reicht dies aber nicht. Wir brauchen noch mindestens 50.000 Plätze mehr, weil die jungen Menschen stärker an die Hochschulen strömen, als die Experten gedacht haben.“

Auch setzt sich die SPD im Bundestag für ein starkes Programm für zusätzliche Juniorprofessoren und Nachwuchswissenschaftler ein. Rossmann: „25 Prozent der Studierenden brechen ihr Studium ohne Abschluss ab. Mit einer Studienabschlussprämie für die Hochschule als Ergänzung zu den Studienanfängerplätzen muss hier ein Anreiz gesetzt werden, die Studenten zum Studienerfolg zu führen.“ Die erste Reaktion

von Schwarz-Gelb auf die SPD-Vorschläge war ein oberflächliches Schönreden der mehr als angespannten Situation an den Hochschulen. „Das haben die Studierenden, aber auch die Hochschulverwaltungen und Hochschulmitarbeiter nicht verdient“, so Rossmann. Die SPD kämpft weiter für mehr Hochschulförderung durch Bund und Länder und für eine starke Bildungsfinanzierung.

„Steuern senken à la Schwarz-Gelb und Bildungschancen garantieren – das geht schon mal gar nicht.“

Rossmann ist sauer: „Wenn Schwarz-Gelb den Ländern und Kommunen wirklich über 3,2 Milliarden Euro wegnehmen will, tritt sie der Bildungsrepublik ein weiteres Mal in den Hintern.“ Schließlich finanzieren die Länder die Bildungsaufwendungen zu 64, die Kommunen zu 20 und der Bund nur zu 16 Prozent.

- Termine -

15.11.2011, 19 Uhr, Lübeck:

Gabriele Hiller-Ohm lädt zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Wir-eG statt Ich-AG“ in den Lübecker Bauverein in der Otto-Passage-Straße 2 ein. Beim Talk über Genossenschaften sind u.a. MdL **Thomas Rother** und MdB **Sönke Rix** mit dabei. Infos und Anmeldung: gabriele.hiller-ohm@wk.bundestag.de.

18.11.2011, 18 Uhr, Elmshorn:

Zum Zukunftsdialog Integration unter dem Motto „Gleichberechtigt miteinander leben“ lädt **Ernst Dieter Rossmann** in das Industriemuseum in der Catharinenstraße 1 ein. Referentin des Abends ist die Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion **Aydan Özoguz**. Infos und Anmeldung: ernst-dieter.rossmann@wk.bundestag.de.

Leitantrag zum Parteitag: Teilhabe und Bildung für alle Kinder!

Im Gegensatz zu Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, die ein ums andere Mal beweist, dass sie im Kern kein Interesse an ihrem Ressort hat, haben wir SPD-Familienpolitiker klare Vorstellungen von einer modernen und zukunftsweisenden Familienpolitik. Um diese mit einer breiten Mehrheit bald in die Tat umsetzen zu können, werden wir einen familienpolitischen Leitantrag auf dem SPD-Bundesparteitag Anfang Dezember einbringen.

Dieser Leitantrag umfasst sämtliche Bereiche, die auf Familien Einfluss nehmen, wie z.B. die Lohn- und Bildungspolitik, aber auch



Sönke Rix, stv. Sprecher der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Entwicklungen in der Arbeitswelt. Wir wollen die Elternzeit für Paare noch attraktiver machen, partnerschaftliche Teilzeitmodelle fördern und die Vereinbar-

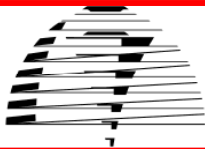
keit von Beruf, Erziehungsarbeit und Pflege verbessern.

Außerdem schlagen wir in unserem Papier ein Modell für eine sozialdemokratische Kindergrundsicherung vor. Damit wollen wir sicherstellen, dass sowohl alle Kinder an Bildung teilhaben als auch materiell gut abgesichert aufwachsen können. Entgegen mancher Zeitungsberichte wollen wir jedoch bei niemandem das Kindergeld kürzen! Im Gegenteil: Familien mit weniger als brutto 3000 Euro pro Monat werden mit unserem Modell stärker entlastet. Momentan ist die Situation ungerecht, denn Spit-

zenverdiener haben durch die Besserstellung des Kinderfreibetrags häufig bis zu 100 Euro mehr Entlastung als Geringverdiener.

Um das System gerechter zu machen, wird unser erster Schritt sein, ein nach Einkommen gestaffeltes „Kindergeld Plus“ mit einer Höhe bis zu 356 Euro einzuführen. Es soll an die Stelle des aktuellen Kinderzuschlags treten, allerdings soll es unbürokratisch beantragt und von der Familienkasse einkommensabhängig ausbezahlt werden können, so dass möglichst alle Geringverdiener-Haushalte profitieren.

Sönke Rix



Jubiläum: 20 Jahre Ostseeparlamentarierkonferenz

Wenn am 7. November 2011 in Hamburg der neue Ständige Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz zusammenkommt, dann sind dort erstmalig alle elf nationalen und elf regionalen Mitgliedsparlamente der Ostseeanrainer mit einem Repräsentanten vertreten. Auf der Tagesordnung steht die Umsetzung der Beschlüsse der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz, die im August mit gut 150 Parlamentariern und Experten in Helsinki stattfand.

Mit Stolz blickte man dabei auf das bisher Erreichte zurück: „Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 ging es darum, die Ostsee zu einem Meer der guten Nachbarschaft zu entwickeln, die Kooperation mit den zuvor kommunistischen Anrainerstaaten auf den Weg zu bringen und in diesen Nationen die Demokratie zu festigen,“ erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes als Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages.

Zu den Erfolgen der Arbeit der Konferenz gehört beispielhaft im Bereich der Ökologie das von der Inter-



Torfinn Opheim (Norwegische Arbeiterpartei) und Franz Thönnnes (SPD) leiteten die BSPC zum Thema „Grünes Wachstum“

nationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) beschlossene Verbot, wonach Passagierschiffe keine ungeklärten Abwässer mehr in die Ostsee einleiten dürfen. Für Schiffsneubauten tritt es 2013 in Kraft und gilt von 2018 an für alle Passagierschiffe. Jetzt gilt es dementsprechend geeignete Entsorgungsanlagen in den Häfen rund um die Ostsee zu installieren. Eine zweite positive Entwicklung ist das Konzept Clean Baltic Shipping mit dem Ziel „Null Emissionen in der Seefahrt“. Es ist ein Erfolg, dass nun zwölf große Häfen im

Rahmen eines EU-Projekts an der Reduzierung des Schadstoffausstoßes arbeiten wollen. Die Landeshauptstadt Kiel ist mit dabei. Lübeck hat eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung der Landstromversorgung von Schiffen, womit vermieden werden soll, dass Dieselmotoren im Hafen weiterlaufen müssen.

Für die Zukunft stehen besonders der Kampf gegen den besorgniserregenden ökologischen Zustand der Ostsee, die Risiken des wachsenden Schiffsverkehrs sowie die Verbesserung des Fischmanage-

ments auf dem Programm. Außerdem setzten sich die Abgeordneten für eine engere Zusammenarbeit ein, um die maritime Sicherheit zu gewährleisten sowie die Kriminalität, speziell den Menschen- und Drogenhandel, zu bekämpfen. Unter dem Motto „Grünes Wachstum“ wurde in der Abschlussresolution ein Konzept für eine nachhaltige Entwicklung gefordert, das auf Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien beruht. Ebenso sollten die Schadstoffeinträge durch Flüsse, die in die Ostsee münden, deutlich verringert werden. Dass der Ostseerat die Fortführung des in Schleswig-Holstein entwickelten Baltic Sea Labour Network als ein ständiges Forum für den sozialen Dialog in der Ostseeregion unterstützt, konnten die Delegierten ebenfalls als Erfolg verbuchen.

In der abschließenden Diskussion forderte Thönnnes für die zukünftige Arbeit eine stärkere Einbeziehung junger Menschen durch eine Ostsee-Jugendkonferenz sowie Schwerpunktsetzungen bei den Themen Kultur und Minderheiten.

- Newsticker - Newsticker - Newsticker -

Thönnnes erneut DNF-Bundesvorsitzender

Die Mitgliederversammlung der Deutsch-Norwegischen Freundschaftsgesellschaft (DNF) hat SPD-MdB **Franz Thönnnes** im Oktober erneut zum 1. Vorsitzenden gewählt. Er steht damit seit 1995 an der Spitze der mit 2.150 Mitgliedern bundesweit aktiven Vereinigung. Die DNF hat sich die

Förderung der kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Land der Fjorde im Norden Europas auf die Fahnen geschrieben.

Twitter-Queen

Nur 163 von 620 Bundestagsabgeordneten nutzen regelmäßig den Kurznachrichtendienst Twitter. Be-

sonders fleißig ist dabei die Lübecker Volksvertreterin **Gabriele Hiller-Ohm**, hat jetzt die Zeitschrift „journalist“ ermittelt. Mit etwa zehn Mitteilungen pro Tag hält sie ihre „Follower“ über ihre Tätigkeit in Berlin und im Wahlkreis auf dem Laufenden. Hiller-Ohm: „Durch Twitter und Facebook ist die Hemmschwelle für viele Bürger gesunken, sich an ihre Abgeordnete zu wenden.“

Fragen zur A20

Tunnel-Finanzierung, Brandschutz, Lärmbelastung – beim geplanten Bau der A20 von der Elbe bei Glückstadt gibt es derzeit noch viele Fragezeichen. Landesgruppensprecher **Ernst Dieter Rossmann** hat deshalb jetzt von Landesverkehrsminister Jost de Jager Auskunft in den wichtigsten Problembereichen gefordert.